

Vorarlbergs ÖVP lässt die Menschen im Stich!

Jetzt geht es um die Partei, das Land und die Menschen müssen warten. Das scheint das Motto der Vorarlberger ÖVP nach dem Aufliegen des Parteifinanzierungs-Skandals zu sein. „Die ÖVP lässt die Menschen mitten in der Teuerungswelle im Stich“, kritisiert Christof Bitschi.

S. 13



Foto: FPÖ Vorarlberg

Impfpflicht ist weg, die Spalter bleiben!

Freiheitliche fordern als Konsequenz den Rücktritt der Impfzwang-Befürworter

S. 2/3



Teuerungswelle: Wieder nur Almosen fürs Volk!

„Entlastungspaket“ ist ein planloses Sammelsurium von Einmalzahlungen – S. 4/5

PARLAMENT

Nur vielleicht?

Während die Preise von einem Rekord-Hoch zum nächsten stürzen, will ÖVP-Arbeitsminister Martin Kocher bis zum Herbst zuwarten. Dann will er überlegen, ob „vielleicht“ doch eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe nötig wären.

S. 6

AUSSENPOLITIK

Selbstgemachte Krise

Eine „Klimakrise“ wollte die EU abwenden. Aber jetzt findet sich Brüssel aufgrund der Maßnahmen des „Green Deal“ und der Folgen der Sanktionen gegen Russland in einer Energie- und Wirtschaftskrise wieder – und sucht verzweifelt nach einem Ausweg.

S. 8/9

WIEN

Soros sagt ab

Umsonst war die Liebesmüh von SPÖ und Grünen, dem Milliardär George Soros das Gelände des Otto-Wagner-Spitals als Sitz für seine Privat-Uni schmackhaft zu machen. Der sagte nun ab. Die FPÖ will jetzt wissen, was das die Wiener kosten wird.

S. 11

MEDIEN

Inserate, Inserate

Kaum ist der ÖVP-Bauernbund ins Visier des ÖVP-Korruptionsuntersuchungsausschusses gerückt, gerät auch schon dessen ehemaliger Chef und nunmehriger Landwirtschaftsminister in den Verdacht, Inserate von ÖVP-Ministerien „gekeilt“ zu haben.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Der EU-Rat drängt sich immer mehr in die Rolle einer Institution, die im vorigen Jahrhundert ausgerechnet Russland, also die damalige Sowjetunion, gelenkt hat: Das Zentralkomitee der KPdSU.

Auch dieses glaubte per Befehl alle gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Regeln außer Kraft setzen zu können.

Plan(los)wirtschaft

Mitten in der Energiekrise beschließt man ein Öl- und Gasembargo gegen Russland und übersieht dabei, dass man sich hier als Importeur ins eigene Fleisch schneidet.

Orbán hat das erkannt und eine Ausnahmeregelung von dieser Dummheit erwirkt. Die blamierten anderen kaufen jetzt russisches Öl und Ölprodukte über teuert aus Indien zu.

In die gleiche Kategorie intelligenzbefreiter Entscheidungen gehört der Plan, ab 2035 keine Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen, des „Klimas“ wegen.

Russland, China und paar afrikanische Despoten werden sich ob der Entscheidung dumm und dämlich verdienen.

Sie sitzen nämlich auf den wertvollen Metallen, die zur Herstellung der Batterien der E-Autos gebraucht werden. Und sie nehmen bei deren Abbau keinerlei Rücksicht auf Menschenrechte geschweige denn Umweltschutz.

Was eigentlich Grundlage für einen derartigen Beschluss sein müsste, also Ladeinfrastruktur und vor allem Stromproduktion, ist noch nicht einmal angedacht worden, geschweige denn eine Kostenrechnung erstellt worden.

Wohl mit Absicht, denn dann würden sich die Bürger überlegen, ob sie diesen Abzockern noch einmal ihre Stimme geben sollen.

Impfpflicht weg, die Verant

Freiheitliche fordern auch das Aus für das Covid-19-Maßnahmengesetz u

Die Impfpflicht ist gefallen, aber nicht vollständig. Denn mit dem neuen Covid-19-Maßnahmengesetz kann der Gesundheitsminister weiterhin auf das ganze bekannte Register der Maßnahmen zurückgreifen. Die Freiheitlichen fordern daher das Aus des gesamten Corona-Zwangsregimes und den Rücktritt der dafür Verantwortlichen.

Während im Nationalrat das „Entlastungspaket“ der Bundesregierung diskutiert und beschlossen werden sollte, platzte im Gesundheitsministerium eine Polit-Bombe: Der grüne Gesundheitsminister Johannes Rauch verkündete, flankiert von ÖVP-Klubobmann August Wöginger, das Aus für die Impfpflicht.

„Die Impfpflicht bringt niemanden zum Impfen, aber sie hat tiefe Gräben in Vereine, Betriebe und Familien gerissen“, begründete der Minister das Ende der im Jänner von ÖVP, Grünen, SPÖ und Neos beschlossenen verpflichtenden Corona-Impfung.

Ein Erfolg für die Freiheit

„Das ist ein riesiger Erfolg für die große, friedliche Protestbewegung, die auch von uns Freiheitlichen unterstützt worden ist. Ich bedanke mich bei all den hunderttausenden Menschen, die mit uns gemeinsam ein Zeichen für Freiheit und Entscheidungsfreiheit gesetzt haben“, zeigte sich FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl erfreut.

Vor allem die Begründung Rauchs sei, so Kickl, ein vernichtendes Eingeständnis des schwarz-grünen Versagens. Mit der Impfpflicht sei ein Gesetz ein-

geführt worden, von dem niemand wusste, ob es verhältnismäßig und verfassungskonform sei.

Zudem gestand Rauch ein, dass die Koalition nicht den blassesten Schimmer hatte, wie die Menschen im Land darauf reagieren werden. „Das war nicht nur stümperhaft, sondern grob fahrlässig!“, urteilte der FPÖ-Bundesparteiobmann.

Der endgültige Erfolg sei aber erst dann gegeben, wenn auch das Covid-19-Maßnahmengesetz auf der legislativen Müllhalde lande und die für das Corona-Regime verantwortliche schwarz-grüne Bundesregierung endgültig ihren Hut nehme.

Die Impfpflicht entpuppte sich als Paradebeispiel dafür, wie man das Vertrauen der Bürger verspielt: Eineinhalb Jahre hatte die gesamte Politik verkündet, dass es sicher keine Impfpflicht geben werde. Mit der 180-Grad-Wende zu plötzlichen Impfpflicht-Befürworter haben die Koalitionsparteien sowie SPÖ und Neos das Vertrauen der Bevölkerung in die Corona-Politik zerstört.

Viel schlimmer noch, sie haben ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die tiefste Spaltung der Gesellschaft in der Geschichte der Zweiten Republik verursacht habe, bi-



Kickl fordert Konsequenzen: „Wer so a diesem Fall nicht nur für die Bundesre

lanzierte Kickl: „Wer so agiert, für den gibt es nur eine logische Konsequenz: Rücktritt. Das gilt in diesem Fall nicht nur für die Bundesregierung, sondern auch für die beiden Vorsitzenden von SPÖ und Neos - denn sie waren beim Impfpflichtgesetz im Windschatten der Regierungsparteien.“

Pandemiegesetz muss weg

Allein, dass das vorangegangene Volksbegehren „Striktes Nein zur Impfpflicht“ von mehr als 270.000 Bürgern unterstützt wurde, zeige auf, dass sich die Bevölkerung die-

6 AUS 7500

40J
22

Der erste Gewinner
der morgigen
Gas-Zuteilung ist ...



SPITZE FEDER Gewessler's Gas-Notfallplan.

IMPRESSUM

Offenerlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b.
H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: BKAUATWW
IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

wortlichen nicht

und den Rücktritt der Bundesregierung



giert, für den gibt es nur eine logische Konsequenz: Rücktritt. Das gilt in Regierung, sondern auch für die beiden Vorsitzenden von SPÖ und Neos.“

ser autoritären Politik der Verordnungen und Zwänge nicht beuge, erklärte dazu FPÖ-Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak: „Eine Impfung darf niemals aufgezwungen werden und Grundlage für gesellschaftlichen Ausschluss bedeuten.“

Er forderte daher auch sofortige Aus für den „grünen Pass“, der ungeimpfte diskriminiere. Auch das kürzlich von Schwarz-Grün vorgelegte neue Covid-19-Maßnahmengesetz beinhaltet zusätzliche Möglichkeiten für den Gesundheitsminister, ohne Einbeziehung des Parlaments über Verordnun-

gen Maßnahmen wie „2G“-Zutrittsregelungen, Lockdowns für Ungeimpfte und damit den Impfpflicht durch die Hintertür einführen zu können. „Wir müssen mit diesen Macht-Anmaßungen nun endlich brechen und alle freiheitsfeindlichen Instrumente abschaffen!“, forderte Kaniak.

Für das weitere Procedere empfahl FPÖ-Chef Kickl den Regierungsparteien unter Verweis auf ihre bisherigen „Schnitzer“ bei Gesetzesvorlagen, die bereits im Parlament aufliegenden Anträge der FPÖ umzusetzen.

KURZ UND BÜNDIG



Bundespräsidenten-Wahl

Die Wahl für das Amt des Bundespräsidenten findet jetzt offiziell am 9. Oktober 2022 statt. Für FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz (Bild) ist das ein Zeichen dafür, dass die Hoffnung des schwarz-grün-rot-rosa Polit-Systems auf einen Durchmarsch des Amtsinhabers überschaubar ist: „Zuversicht sieht anders aus, sonst hätte man die Wahl ja auch in den November legen können. Aber offensichtlich ist die Angst groß, dass Van der Bellen in eine Stichwahl muss. Und diese Angst ist durchaus begründet.“

„Fracking“ in Österreich?

Verwundert war FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch (Bild) über die Beantwortung seiner Anfrage an die grüne Umweltministerin Gewessler zu „Fracking“ in Österreich. „Gewessler hat keine einzige Frage beantwortet. Sie ließ lediglich wissen, dass für „Angelegenheiten des Bergbaus, damit auch für das Aufsuchen und Gewinnen von Kohlenwasserstoffen und allenfalls damit verbundener Fracking-Vorhaben das Landwirtschaftsministerium zuständig“ sei. Ist das der Abschied der Grünen vom „Fracking-Verbot“?



Gutschein-Pleite

„Der Energiekosten-Gutschein in Höhe von 150 Euro entwickelt sich immer mehr zu einem zweiten ‚Kaufhaus Österreich‘. Er verursacht Kosten in Millionenhöhe und funktioniert nicht, wie angedacht“, kritisierte FPÖ-Obmann Herbert Kickl anhand einer Stellungnahme des ÖVP-Volksanwalts Werner Amon dazu. Keine Chance auf Einreichung des Gutscheins haben mehrere getrennte Haushalte in einem Haus mit einem gemeinsamen Energie-Liefervertrag, was vor allem am Land sowie bei betreutem Wohnen häufig der Fall ist. Ebenso Mieter, wo der Vermieter diese Verträge unterzeichnet hat.



SPRUCH DER WOCHE



„Jeder kann bei sich selber anfangen. Das beginnt bei der Kleidung, dass man nicht 10 Ballkleider haben muss, sondern drei.“

Johanna Mikl-Leitner
23. Juni 2022

Der „Spartipp“ von Niederösterreichs ÖVP-Landeshauptfrau, wie Frau trotz Teuerungswelle durch die Ballsaison kommt.



BILD DER WOCHE Eitelkeit kommt vor dem Fall. Über eine leicht als „Fake“ erkennbare Email-Adresse ließ sich Wiens SPÖ-Bürgermeister zu seinem „Reinfall-Online-Gespräch“ einladen.

Die freiheitlichen Maßnahmen gegen die Kostenlawine



Bereits im März haben die Freiheitlichen ihre Maßnahmen gegen die Teuerungswelle in der Petition „Kostenlawine stoppen“ (siehe Webseite stopp.kostenlawine.at) vorgelegt. Sie umfasst zwölf konkrete und sofort umsetzbare Forderungen, um den immer weiter ansteigenden Preisen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen ein Ende zu setzen:

1. **Sofortige massive Steuersenkung auf Benzin und Diesel** durch **Halbierung** beziehungsweise bei weiteren Preisanstiegen **völlige Streichung** sowohl der **Mehrwertsteuer** als auch der **Mineralölsteuer**.
2. Signifikante **Erhöhung des Pendlerpauschale**, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die für den Weg zum Arbeitsplatz auf ihr Auto angewiesen sind.
3. Sofortige **Streichung der** im Zuge der Steuerreform beschlossenen **CO2-Abgabe**, um einen weiteren Preisanstieg bei Treibstoffen zu verhindern.
4. **Halbierung** beziehungsweise bei weiteren Preisanstiegen **völlige Streichung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom** für Privathaushalte aber auch für kleine und mittlere Unternehmen.
5. Einführung eines bundesweiten **Heizkostenzuschusses für bedürftige Personen** in der Höhe von mindestens **300 Euro pro Haushalt und Jahr**.
6. Automatische **Inflationsanpassung** sämtlicher Versicherungs-, Familien- und Sozialleistungen, insbesondere der **Pensionen**, des **Arbeitslosengeldes** sowie der **Familienbeihilfe** und des **Pflegegeldes**.
7. Zusammenstellung eines **Warenkorbs von Grundnahrungsmitteln** samt **Halbierung** beziehungsweise **Streichung der Mehrwertsteuer** auf die darin enthaltenen Produkte.
8. Signifikante **Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer**, welche die Teuerung in vollem Umfang abdecken.
9. Im Gegenzug **deutliche Senkung der Lohnnebenkosten**, um die Unternehmer nicht über Gebühr zu belasten und einen weiteren Preisanstieg bei den Produkten und Dienstleistungen zu verhindern.
10. Sofortiges **Ende der schikanösen und extrem teuren Corona-Politik**, insbesondere von millionenfachen Massentestungen gesunder Bürger – Keine Lockdowns mehr!
11. **Evaluierung von Sanktionen gegen Russland** wegen des Krieges in der Ukraine hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen auf die Österreicher – Keine Sanktionen, mit denen sich Österreich ins eigene Fleisch schneidet!
12. Konsequenter **Einsatz der Bundesregierung auf EU-Ebene gegen weitere gemeinsame Schuldenaufnahmen und gegen alle Maßnahmen, die zur Umverteilung von Vermögen** in die finanziell angeschlagenen Südstaaten führen.

JETZT DIE PETITION UNTERZEICHNEN:
STOPP.KOSTENLAWINE.AT

Thema
der
Woche

Bei der Präsentation des „Entlastungspaketes“

Eine Mischung

Bürokratische Einmalzahlung

Das „größte Entlastungspaket aller Zeiten“ entpuppt sich als Fortsetzung der Corona-Almosenpolitik von Schwarz-Grün. Bereits präsentierte Maßnahmen werden mit neuen Mascherln versehen und in Raten den Österreichern überreicht. In Summe machen die Entlastungen nur einen Bruchteil dessen aus, was die Preiserhöhungen die Österreicher bereits gekostet haben.

Symbolhaft für die Planung und Organisation war die Wahl des Beschlussfassungstermins, der Tag des EU-Gipfels in Brüssel. Deshalb war ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer wieder einmal der „große Abwesende“, der sich damit vor der Erklärung des Stückwerks im Nationalrat elegant drücken konnte.

Nehammer wieder absent

„Durch seine erneute Abwesenheit im Parlament beweist Kanzler Nehammer, dass ihm die Rockzipfel der von der Leyens und Lagardes näher sind als die der eigenen Landsleute“, bemerkte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl zur Flucht des Kanzlers aus der Verantwortung und vor den „lästigen Fragen“ der Freiheitlichen.



„Entlastungspaket“ war ÖVP-Kanzler Karl Nehammer noch dabei, doch der Diskussion im Nationalrat wollte er sich nicht aussetzen.

Entlastung aus Unfähigkeit und Bössartigkeit

Entlastungen mit „Entlastungen“, die von der Teuerungswelle schon längst aufgefressen worden sind

Kickl erinnerte daran, dass er im Februar, kurz nach dem Beginn des Kriegs in der Ukraine, an den Kanzler und die Regierung appelliert hatte, kühlen Kopf zu bewahren, bevor sie Dinge beschließen, die den Österreichern später auf den Kopf fallen könnten. Ein vergeblicher Appell, wie die Österreicher heute leidvoll wüssten.

„Klug wäre es gewesen, vor dem Beschluss von Sanktionen nachzudenken, ob die EU und Österreich auch stark genug sind, um diese Eskalations-Spirale immer weiter zu befeuern. Das alles ist aber nicht passiert. Der Bundeskanzler hat wie ein trotziges Kind agiert“, kritisierte der FPÖ-Obmann.

Ahnungslos, planlos, hilflos

Denn was hätten die „Sanktionen GEGEN Russland“ denn wirklich bewirkt, fragte Kickl nach und lieferte gleich selbst die Antwort: Die russische Währung befand sich in einem noch nie dagewesenen Höhenflug, Öl und Gas aus Russland werden zu Rekordpreisen an neue Abnehmer verkauft, während Österreich über Noteinkäufe zu weit überhöhten Preisen die Teuerung bei den Energiepreisen weiter anheizt und die Lebenshaltungskosten

für die Österreicher ins schier Unermessliche steigen.

„Alleine der Umstand, dass heute bereits das dritte Anti-Teuerungspaket diskutiert wird, macht sichtbar, dass diese Bundesregierung lediglich Stückwerk liefert, aber keine langfristige Strategie parat hat, um die Menschen vor der Kostenlawine zu schützen“, zeigte FPÖ-Bildungssprecher Hermann Brückl die Ahnungs- und Planlosigkeit der Koalition auf.

Großspurig angekündigte Lohnnebenkostensenkungen entpuppten sich bei genauerem Hinsehen als reine Farce, empörte sich Brückl:

„Bei der Unfallversicherung sinken die Beiträge von 1,2 auf 1,1 Prozent. Das ist lächerlich!“

Fataler Hang zum Irrtum

Schwarz-Grün setzten damit ihren „politischen Irrweg“ fort, resümierte FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch. Zu Corona hieß die präsentierte Lösung Impfpflicht, deren einziger Erfolg darin lag, die Spaltung der Gesellschaft weiter zu vertiefen. Jetzt musste sie zurückgenommen werden. „Und nun die Teuerungswelle, die sie mit ihrer Unterstützung der fatalen Geldpolitik der Europäischen Zentral-

bank ebenso wie mit dem Brüsseler Sanktions-Marathon erst richtig befeuert haben“, betonte Rauch.

Jetzt versuche man mit Schein-Maßnahmen von diesem Versagen abzulenken, erklärte dazu FPÖ-Landwirtschaftssprecher Peter Schmiedlechner: „Unseren Landwirten, deren Produktionskosten ins Unermessliche steigen, werden 800 Euro als Entlastung ausbezahlt. Ich sage Ihnen: Wenn ein Betrieb mit 800 Euro zu retten ist, dann hat er keine wirklichen Probleme!“

Ähnlich ergeht es den Pensionisten und Ausgleichszulagen-Beziehern, die einmalig mit 500 Euro im August bzw. mit 300 Euro abg gespeist werden.

„Während Bundeskanzler Nehammer heute in Brüssel mit seinen Kollegen auf Steuerzahlkosten feinstens diniert, müssen diese mit immer geringeren Einkommen auskommen. Sie müssen sich Tag für Tag überlegen, wie sie sich morgen das Heizen, das Essen und die anderen alltäglichen Dinge leisten können. Diese Menschen werden vom Kanzler mitverraten!“, kritisierte FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker die Abgehobenheit der Bundesregierung.



Herbert Kickl demontierte das Flickwerk „Entlastungspaket“.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Die Regierungsfractionen haben es erneut geschafft, Kopfschütteln auszulösen. Zunächst die Ankündigung des angeblich „größten Entlastungspaketes“ der Zweiten Republik. Um dieses zu beschließen, wurde eine Sondersitzung anberaumt, zeitgleich zum Europäischen Rat, somit ohne Beteiligung des Bundeskanzlers.

Das überrascht. Bisher flüchtete Herr Nehammer vor der Opposition, insbesondere vor unserem Obmann Herbert Kickl. Zuletzt geschehen bei einer Dringlichen Anfrage der FPÖ zu den aktuellen Finanz-Skandalen der ÖVP.

Im politischen Nirvana

Dass der Kanzler vor den Früchten seiner eigenen Regierungsarbeit das Weite sucht, ist hingegen neu. Die Absenz lässt nur zwei Schlüsse zu: Das „größte Entlastungspaket aller Zeiten“ ist eine Mogelpackung, oder das Chaos führt Regie, wobei das eine das andere nicht ausschließt.

Für Zweites spricht die Ankündigung der Impfpflicht-Ab-schaffung. Während laufender Sitzung verkündeten der Grüne Gesundheitsminister und der Klubobmann der ÖVP das Aus für die widerlichste Corona-Maßnahme.

Das freut den freiheitlichen Menschen in doppelter Hinsicht. So ist es der Beweis dafür, dass sich unser Kampf gelohnt hat. Alle, die gemeint haben, „man könne ohnedies nichts ändern“, wurden eines Besseren belehrt.

Und wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass drei von neun Landeshauptleuten und beide Regierungsmitglieder, die die Impfpflicht verbrochen haben, sich bereits im politischen Nirvana befinden. Es ist höchste Zeit, dass der Restbestand ihnen folgt.

ENERGIEPOLITIK

Schuss ins eigene Knie

Als „Brandbeschleuniger der Teuerungswelle“ bezeichnete FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz die grüne Energieministerin Leonore Gewessler. Diese hat der russischen Gazprom die Nutzungsrechte des Gasspeicher Haidach in Salzburg entzogen: „Dieser Schritt ist der nächste Schuss ins eigene Knie, da Österreich auf Gaslieferungen der Gazprom angewiesen ist. Wie naiv kann man sein, zu glauben, dass diese jetzt noch genug Gas liefern wird?“

AUSSENPOLITIK

ÖVP-Reisediplomatie

Im Rahmen seines zweitägigen Besuchs in der Türkei traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem Präsidenten der Republik Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, zusammen. Zentrale Themen der Gespräche waren der Ukraine-Krieg und insbesondere die türkische Vermittlerrolle in diesem Krieg.



Foto: Türkische Präsidentschaft

Kocher soll handeln und nicht dauernd vertrösten

FPÖ: Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sofort erhöhen!

Erst bei weiter steigender Inflation wolle ÖVP-Arbeitsminister Kocher Arbeitslosengeld und Notstandshilfe „vielleicht“ erhöhen. Die FPÖ fordert eine sofortige Erhöhung, da die Teuerung anhalten werde.

„Auf welches Wunder will ÖVP-Arbeitsminister Martin Kocher eigentlich noch warten? Die Prognosen aller Wirtschaftsforscher gehen von einer längeren Zeit mit steigender Inflation aus – das sieht übrigens auch ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner so“, kritisierte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch die „Vielleicht-Ankündigung“ des Ministers.

Über die Preistreiber Energie und Treibstoffe würden auch Le-



Foto: NZZ

Belakowitsch: Kocher soll endlich etwas tun, statt nur zu reden!

bensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs immer teurer, betonte Belakowitsch: „Und dadurch werden zahllose Menschen in die Armut getrieben, denn sie können

sich das Leben einfach nicht mehr leisten. Nur wer schnell hilft, hilft wirklich – das sollte sich Minister Kocher endlich in sein sozialpolitisches Stammbuch schreiben!“

Keine Verbesserung bei den Pflegestufen

Eines der größten Probleme in der Pflege ist die Einstufung in die Pflegestufen, von denen die Höhe des Pflegegeldes abhängt.



Foto: Parlamentarischer Service

„Auf meine Frage, welche Schritte für Verbesserung des Pflegegeld-Systems, seiner Weiterentwicklung, zur Erhöhung der Pflegesätze sowie einer gerechteren Pflege-Einstufung unternommen werden, kam die Antwort, dass ‚punktuelle Verbesserungen‘ vorgenommen werden“, warnte der FPÖ-Abgeordnete Christian Ragger (Bild) vor allzu großen Erwartungen an die Pflegereform der Koalition.

Was viele Betroffene beklagen, das restriktive System, die Bürokratie und die fehlende Transparenz, sei vernachlässigt worden, so Ragger. Es werde ohne Verständnis

für die Person und ohne genaue Betrachtung der Alltags-Herausforderungen in Stufen „schubladisiert“.

Details wie der Entfall der Anrechnung der erhöhten Familienbeihilfe auf das Pflegegeld und des Erschwerniszuschlags für Personen mit schweren Behinderungen und Demenz seien positiv zu bewerten. Aber es fehle laut Ragger die Breitenwirkung: „Immer nur kleinen, ausgewählten Gruppen einzelne Verbesserungen zukommen zu lassen, ist noch lange keine Reform. Es braucht Entlastung für alle beim Finanziellen und bei Dienstleistungen.“

„Kauf Regional“ weist den richtigen Weg

FPÖ fordert Stärkung des regionalen Handels durch Flexibilisierung der Gewerbeordnung

Das Volksbegehren „Kauf Regional“ des Lungauer FPÖ-Obmannes Eduard Egger wurde bereits von mehr als 146.000 Bürgern unterstützt. Für die FPÖ der Beweis für die Notwendigkeit grundlegender, struktureller Änderungen, um den regionalen Handel zu sichern.

Mit der hohen Unterschriftszahl hat Egger bereits erreicht, dass sich der Wirtschaftsausschuss des Parlaments mit seinem Volksbegehren beschäftigen musste. Egger betonte in der Sitzung, dass es „darum gehe, ein Zeichen zu setzen, um den regionalen Handel zu stützen“.

FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer und FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch begrüßten diese Initiative, weil sie die Probleme des heimischen stationären Handels detailliert aufzeige und Lösungsvorschläge unterbreite.

„Wir weisen bereits seit Beginn der Corona-Pandemie darauf hin, dass es grundlegender, struktureller Änderungen bedarf, um das Überleben des regionalen, stationären Handels zu sichern. Darum sind

wir den Initiatoren des Volksbegehrens und den Unterstützern zu Dank verpflichtet, die dem Thema damit wieder den Stellenwert geben, den es auch braucht, um eine positive Veränderung für unsere regionale Wirtschaft herbeizuführen“, betonte Angerer.

Rückgrat der Wirtschaft

Die Klein- und Mittelbetriebe sowie die Ein-Personen-Unternehmen machen 99,6 Prozent aller österreichischen Unternehmen aus und bilden damit das Rückgrat der heimischen Wirtschaft, zeigte Angerer auf. Dementsprechend unterstütze die FPÖ die Forderung des Volksbegehrens, den Wettbewerbsnachteil regionaler Wirtschaftsbetriebe gegenüber dem



Initiator Egger: Heimischen Handel gegen Internetkonzerne stärken.

Onlinehandel durch gesetzliche Änderungen auszugleichen. Dies könne über eine zweckgebundene Regionaltransferabgabe des Onlinehandels oder die Senkung der Mehrwertsteuer für den stationären Handel geschehen.

Ein gesicherter regionaler Handel bedeute auch Versorgungssicherheit, ressourcenschonenden Umgang und kurze Transportwege, die sich positiv auf die Umwelt auswirken, betonte dazu FPÖ-Umweltsprecher Rauch.

Jede Menge Steuergeld für grüne Lieblingswerber

Kennen Sie das Projekt „WOHN-SCHIRM“? Nicht? Dann dürfte die Kampagne des Sozialministeriums zur Delogierungsprävention der berühmte „Schuss in den Ofen“ gewesen sein.

Dabei hatte das grün-geführte Sozialministerium im März 2022 dafür 286.000 Euro an die den Grünen nahestehende Werbeagentur „Jung von Matt“ für die Bewerbung dieser Kampagne ausbezahlt.

„Wir haben an Leistungen für diese stattliche Summe nicht mehr gefunden als eine einfach gestaltete Homepage, ein YouTube-Video mit rund 200 Aufrufen und ein paar Presseausendungen“, listete FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz auf.

Für ihn sei das Projekt an sich zweifelhaft, da damit Opfer der deaströsen Politik der Bundesregierung unterstützt werden müssten, die als Folge der Corona-Maßnahmen und der dadurch mitverschuldeten Teuerungswelle ihre Miete nicht mehr bezahlen könnten. Wieso flossen eigentlich die 286.000



Schnedlitz: Freunderlwirtschaft.

Euro an die Werbeagentur und nicht direkt in den Fördertopf für die Betroffenen, wunderte sich Schnedlitz.

Die Agentur „Jung von Matt“ gestaltete nicht nur zahlreiche Kampagnen der Grünen, sondern war 2016 auch für den Bundespräsidentenwahlkampf des ehemaligen Grün-Politikers Alexander Van der Bellen verantwortlich, der aktuell als „Kandidat“ verzweifelt um Spenden keile, erinnerte Schnedlitz. Dabei wird er erneut betreut von Martin Radjaby, der bereits 2016 als Geschäftsführer bei „Jung von Matt“ auch gleichzeitig Van der Bells Wahlkampfmanager war.

ENTLASTUNG FÜR ÖSTERREICH – JETZT!

Kostenlawine stoppen

Die **Kostenlawine** ist die direkte Folge der völlig untauglichen Corona-Politik der Bundesregierung und eine konkrete Auswirkung des Klimawahns, dem sich ÖVP und Grüne verschrieben haben.

Denndadurch wurde im Rahmen der **öko-ASOZIALEN Steuerreform** eine massive **Erhöhung der Preise für Benzin und Diesel** ermöglicht. Was wir hier aktuell **brauchen**, sind **Steuersenkungen** und **Preisobergrenzen** – ebenso **bei den Energiekosten** für Strom und Gas, die schon zuletzt viel teurer geworden sind und demnächst wegen der Entwicklungen in der Ukraine völlig durch die Decke gehen könnten.

All das macht sich in einer **Inflationsrate von fast 6 Prozent im Februar 2022** bemerkbar. Eine Geldentwertung in diesem Ausmaß haben wir in Österreich **seit fast 40 Jahren nicht mehr gesehen**. Wir fordern daher ein **sofortiges und umfassendes Entlastungspaket** für die Österreicher und werden den **Protest gegen diese schwarz-grüne Politik der Belastung** solange fortsetzen, bis diese Regierung Geschichte ist!

So stoppen wir die Kostenlawine!

- >> **Halbierung der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer** auf Benzin und Diesel
- >> **Streichung** der CO₂-Abgabe
- >> **Erhöhung** von **Kilometergeld** und **Pendlerpauschale**
- >> **Halbierung** der **Mehrwertsteuer** auf **Gas und Strom**
- >> **Heizkostenzuschuss** von 300 Euro pro Haushalt und Jahr
- >> **Halbierung** der **Mehrwertsteuer** für **Grundnahrungsmittel**
- >> **Signifikante Lohnerhöhungen** für Arbeitnehmer
- >> **Deutliche Senkung** der **Lohnnebenkosten**
- >> **Inflationsanpassung** von Pensionen und Arbeitslosengeld
- >> **Ende** der extrem teuren **Corona-Politik**
- >> **Evaluierung** der **Russland-Sanktionen**
- >> **Widerstand** gegen die **EU-Schuldenunion**

Wenn Sie sich unseren **Forderungen anschließen**, ersuche ich Sie, die **Petition** auf unserer Webseite zu **unterstützen**.

Herbert Kickl | FPÖ-Obmann

JETZT DIE PETITION UNTERZEICHNEN:
STOPP.KOSTENLAWINE.AT





Harald Vilimsky

EZB: Mit Vollgas in die nächste Eurokrise

Die Politik der EZB wird uns direkt in die nächste Euro-Krise führen. Eigentlich sollten die „Hüter des Euro“ gegen die ausufernde Inflation vorgehen. Das tun sie aber nur ausgesprochen verhalten. Allein die Ankündigung einer bescheidenen Erhöhung des Leitzinses hat dazu geführt, dass die Risikoprämien für die südlichen Schuldnerländer stark angestiegen sind.

Damit wird die Finanzierung ihrer Staatsschulden deutlich teurer, und es ist unklar, ob sie das auch künftig noch stemmen

können. Italien hat eine Schuldenquote von 151 Prozent des BIP, Spanien 118 Prozent, Frankreich 113 Prozent, Griechenland 193 Prozent. Der Schnitt in der EU liegt bei 88 Prozent.

Daher will die EZB mit den Anleihekäufen weitermachen, die sie eigentlich beenden wollte. Das Perfide daran: Die Gelder aus dem Pandemie-Notfallprogramm sollen dafür eingesetzt werden, um italienische Papiere und jene anderer Schuldnerstaaten zu kaufen. Die Hoffnung dahinter: Die unterschiedlichen Risikoprämien sollen sich angleichen.

Dabei sind es genau diese Signale, die zeigen, wie der Markt die einzelnen Volkswirtschaften einschätzt. Die EZB betreibt jetzt nicht mehr nur verbotene Staatsfinanzierung, sondern verteilt Gelder im Euroraum ungeniert um. Die Transferunion ist perfekt. Das wird teuer für uns werden, treibt die Inflation und führt wohl direkt in die nächste Euro-Krise.

Ein neuer Deckmantel für gemeinsame Schulden

In ihrer Sondersitzung am 9. Juni hat die Europäische Zentralbank einen neuen Euphemismus geprägt, mit dem den hochverschuldeten Südländern in der Eurozone unter die Arme gegriffen werden kann. Nachdem das bisherige Hilfsprogramm „OMT“, der Ankauf von Staatsanleihen dieser Länder, im Herbst ausläuft, präsentierte man jetzt eines, um die „Fragmentierung der Eurozone“ zu verhindern.

Hinter dem blumigen Begriff verbirgt sich der Risikoaufschlag für die hochverschuldeten Staaten, die für ihre Staatsanleihen höhere Zinsen zahlen müssen als die übrigen Euroländer. Der betrug zuletzt rund 2,4 Prozent.

Um dieses „Auseinanderdriften“ zwischen gut und schlecht haushaltenden Euroländern zu verhindern und, wie es der portugiesische Notenbankchef Mario Centeno unverblümt ausdrückte, für „Disziplin an den Märkten zu sorgen“, soll jetzt ein neues „Anti-Fragmentierungsinstrument“ geschaffen werden.

Das französische EZB-Ratsmitglied Francois Villeroy de Galhau legte noch eins drauf: „Er sollte in dem Umfang zur Verfügung stehen, der nötig ist, um unsere unbegrenzte Zusage zum Schutz des Euro sehr deutlich zu machen.“

Befürchtet die EZB Auswirkungen wie am Höhepunkt der Finanzkrise 2012, als der damalige EZB-Chef Mario Draghi „Whatever it takes“ versprach? Europas Steuerzahlern bescherte das Haftungen in Höhe von 8.000 Milliarden Euro.



Lagarde will Schuldenumverteilung.

Die „dümmste Energiepolitik der Welt“ lässt Europa vor der

Deutschland und die EU schlittern in ihre bisher s



Erdgas-Kraftwerke sollten das Stromnetz absichern, wenn die „erneuerbare“ mit den Sanktionen gegen Russland haben sich Deutschland und die EU in

Deutschland galt bisher als Wirtschaftsmotor der EU. Mit der „dümmsten Energiepolitik der Welt“ hat es sich und ganz Europa in eine Energiekrise hineinmanövriert. Dann auch noch die Sanktionen gegen Russland, das jetzt den Gashahn zudreht, womit der Stoff fehlt, mit dem Berlin seine „Energiewende“ bisher absicherte.

„Russland hat einen Haushaltsüberschuss. Russland hat einen Handelsüberschuss. Es hat massive Devisen- und Goldreserven. Russland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben“, kommentierte Anas Alhaggi, Chefökonom des Beratungsunternehmens NGP Energy Capital Management, die Situation, in die sich die EU hineinmanövriert hat, um moralische Größe zu zeigen.

Selbstverschuldete Krise

Und das genau zu dem Zeitpunkt, an dem die EU sich der „dümmsten Energiepolitik der Welt“ verschrieben hatte. So betitelte das „Wall Street Journal“ 2019 seinen Bericht über Angela Merkels Energiewende zur „Klimaretung“, die deren Schülerin Ursula von der Leyen der EU unter dem Namen „Green Deal“ aufzwangte.

Im Artikel wird aufgezeigt, dass „unzählige Milliarden“ in „unzuverlässige Wind- und Sonnenenergie“ geflossen sind und dass Deutschland nach dem Abschalten von Atom- und Kohlekraftwerken

wahrscheinlich in eine Katastrophe schlittert. Das wahrscheinlich ist jetzt Realität geworden.

Deutschland geht nämlich das Gas aus, mit dem es den Flatterstrom aus Wind und Sonne aufzufangen versucht. Im vergangenen Mai wurden über vier Terawattstunden Strom aus Erdgas erzeugt, soviel wie noch nie in einem Mai. Dabei sollte man an-



Mit leeren Händen stehen Berlins grün und Eleonore Gewessler da und hoffen

„Energiepolitik der Welt“ im Winter zittern

schwerste Wirtschafts-, Finanz- und Energiekrise



„Energien“ keinen Strom liefern, so die Pläne in Berlin und Brüssel. Aber eine Energiekrise hineinmanövriert, aus der sie jetzt Kohlestrom retten soll.

gesichts der Gasknappheit das Gegenteil erwarten.

Kein Ersatz für Russen-Gas

Der angekündigte Ersatz durch Flüssiggas (LNG) aus den USA oder aus Katar ist pure Zukunftsmusik. Denn die LNG-Exporte beider Staaten sind über langjährige Verträge de facto ausverkauft, zum Teil bis ins Jahr 2040. Und selbst entgegen der Ankündigung von US-Präsident Joe Biden könnten die USA nicht mehr liefern.

Denn Anfang Juni ist die Erdgas-Verflüssigungsanlage des Un-

ternehmens Freeport in Houston durch eine Explosion über Monate außer Betrieb gesetzt worden. Freemont produziert ein Fünftel der amerikanischen LNG-Menge.

Alhaji prognostiziert eine Erdgaskrise in Europa nicht erst im Winter oder im Oktober, sondern schon im Juli oder August. Einige langfristige Lieferverträge endeten im nächsten Monat – dann werde Russland auch bei diesen Kunden auf Zahlung in Rubel pochen und könnte, wenn diese der Forderung nicht nachkämen, die Lieferung einstellen, wie schon gegenüber etlichen EU-Ländern wie Polen, Bulgarien, Finnland und den Niederlanden: „Ich glaube also, die Krise wird schon im Sommer kommen, gar nicht erst im Oktober.“

Der US-Energieexperte riet daher den Europäern, ihre Politik zu überdenken. Anderenfalls werde es in Europa eine Krise geben: „Menschen werden sterben, entweder an der Hitze, weil Strom für die Klimaanlage fehlt, oder an der Kälte, weil das Gas zum Heizen fehlt.“

In Deutschland und Österreich hat sein Rat gefruchtet. In beiden Ländern werden Kohlekraftwerke reaktiviert. Fehlt nur noch die Kohle, um sie zu starten. Dabei gibt es das gleiche Problem wie beim LNG: Woher?



er Wirtschaftsminister Robert Habeck auf die Solidarität der EU-Länder.

KURZ UND BÜNDIG



Ohne Gas keine Solaranlagen

Der letzte Hersteller von Spezialglas für Photovoltaikanlagen in Europa hat nach Ausrufung der Gas-Alarmstufe durch Wirtschaftsminister Robert Habeck begonnen, sich auf einen Produktionsstopp vorzubereiten. Denn die Glasmanufaktur Brandenburg (GMB) erwartet dadurch eine weitere Produktionskostensteigerung. Mit Ausrufung der Alarmstufe könnten die Anbieter auch längerfristig abgeschlossene Verträge – zu Vorkrisenpreisen – kündigen. Der Hersteller von Solarglas verbraucht 420.000 Kilowattstunden Gas täglich. Die gestiegenen Energiekosten auf die Produkte aufzuschlagen, hieße, Kunden an die chinesische Konkurrenz verlieren.

Wohlstandsvernichtung

Das EU-Parlament hat ein sogenanntes „Klimapaket“ beschlossen, das zwar mit Garantie das Weltklima nicht um ein Tausendstel Grad Celsius beeinflussen, das aber Europas Konsumenten und Wirtschaft schwer schaden wird, kritisierte FPÖ-Europasprecherin Petra Steger: „Besonders die Ausweitung des Emissionshandels auf die Bereiche Verkehr und Gebäude wird für jeden spürbare Konsequenzen haben, da dadurch die Öl- und Gaspreise noch einmal deutlich nach oben gehen werden.“ Die jüngsten EU-Beschlüsse sind somit kein Teil eines Zukunftsprogramm, sondern der eines Wohlstandsvernichtungsprogramms.



Beitrittskandidat aus rein moralischen Gründen

Als „völlig falsche Entscheidung“ wertete FPÖ-Delegationsleiter Harald Vilimsky die letzten Donnerstag getroffene Entscheidung am EU-Gipfel, der Ukraine und Moldawien den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu verleihen. Damit erhalten das laut Transparency International korrupteste Land, die Ukraine, und das Armenhaus Europas, Moldawien, den Status, mit dem man die Westbalkanländer seit Jahren vertröstet.

„Erstmals soll nun mit einem im Krieg befindlichen Land über einen EU-Beitritt verhandelt werden. Auch wenn dieser Krieg eine klare Aggression Russlands ist, droht die EU damit selbst noch tiefer in diesen Konflikt hineingezogen zu werden“, kritisierte Vilimsky die Entscheidung, die rein aus „politischen Gründen“ getroffen worden sei, um Russland zu zeigen, auf wessen Seite die moralische Großmacht EU stehe.

Vilimsky zeigte das ökonomische Problem auf, das sich die Uni-

on damit aufzuhalten gedenke: Die Wirtschaftsleistung der Ukraine betrage pro Kopf nur ein Zehntel des EU-27-Durchschnitts oder gar nur ein Drittel des derzeit ärmsten EU-Landes Bulgarien.

„Es müßten die gesamte Kohäsionspolitik der Union wie auch die Agrarpolitik umgestaltet werden, die zusammen zwei Drittel des EU-Budgets ausmachen. Und das zulasten der bisherigen Empfängerländer und vor allem der Nettozahler“, betonte der FPÖ-Politiker.



Von der Leyen: Moral vor Vernunft.

Respekt für Hinteregger

Respekt für diese Entscheidung, wobei ich annehme, dass Sie dazu gedrängt wurden, den Vertrag mit Eintracht Frankfurt vorzeitig aufzulösen. Davon abgesehen hat sich ja auch noch der jetzige ÖFB-Sportdirektor Peter Schöttel in den Vordergrund gedrängt, mit Ihnen ein Gespräch führen zu wollen. Na dann lieber Martin Hinteregger, falls es dazu kommt, dann richten Sie ihm doch bitte schöne Grüße aus, dass dieser seine Fußballkarriere bei jenem Verein bestritt, nämlich Rapid Wien, der am 22. Juni 1941 im Nationalsozialismus des Großdeutschen Reiches unter Adolf Hitler Deutscher Meister wurde. Ein Verein, wo sich ständig Minister und Funktionäre der SPÖ als Vorstände und Präsidenten die Klinke in die Hand drückten und auf der Westtribüne jahrzehntelang das Transparent mit dem Spruch „Unsere Ehre heißt Treue“ hing.

Stefan Scharl, Klosterneuburg



Foto: Land Tirol/Sänger

Arme Regierungspolitiker

Die meisten Regierungspolitiker jammern darüber, dass sie kritisiert, teilweise auch beschimpft und bedroht werden, und immer mehr treten zurück. Warum ist die Regierung so unbeliebt? Für die Regierung sind immer alle anderen schuld, sie selbst macht alles richtig und lässt sich von den staatlichen Medien bejubeln. Wie wäre es, wenn die Regierung endlich damit beginnen würde, Politik für das eigene Volk zu machen? Seit Jahren vertritt sie nur die Interessen der EU, der USA, der NATO, der Pharma- und der Waffenlobby, der Einwanderungsfanatiker, der Schuldenunion, der Spekulanten usw. Das muss endlich aufhören. Die Sanktionen zeigen, wie krank dieses System ist. Wie können normale Menschen Sanktionen verhängen, bei denen für normal denkende Menschen von vornherein klar ist, dass sie niemandem nutzen, sondern – im Gegenteil –

LESER AM WORT



dem eigenen Volk gewaltige Schäden verursachen? Statt ihre Fehler einzugestehen, machen EU und Regierungen stur weiter und schaffen bittere Armut in einem Europa, das sie nebenbei noch den Islamisten kritiklos überlassen. Eines bin ich mir sicher: Wenn die Regierung ihre Fehler eingestehen und endlich Politik für Österreicher machen würde, so könnten sich Politiker wieder – wie früher – ohne Polizeischutz auf die Straße trauen.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Regierung ohne Vertrauen

„Hände falten, Goschen halten!“ Der legendäre und markige Spruch des ehemaligen ÖVP-Klubobmanns Andreas Khol hat an Aktualität nichts verloren und scheinbar in der ÖVP noch immer Gültigkeit. Mit dieser Art parteiinterner Kommunikation, geprägt von Instinktilosigkeit und gepaart mit Ignoranz der Führungspersönlichkeiten, hat man sich jahrelang von Wahl zu Wahl durchgeschwindelt. So versucht man es auch jetzt zu all den Korruptionsvorwürfen. Bundeskanzler Karl Nehammer hätte sich diesen legendären Spruch bezüglich unserer immerwährenden Neutralität zu Herzen nehmen müssen, statt nach Moskau und Kiew zu reisen. Aber nicht nur Nehammer zieht permanent eine Schleimspur nach Brüssel. Auch Karoline Edtstadler ist immer da-

bei, wenn Brüssel zur Befehlsausgabe ruft. Österreich hat sich als neutraler Staat ohne Wenn und Aber an den Sanktionen gegenüber Russland beteiligt. Jetzt dreht der russische Präsident Putin sukzessive den Gashahn zu. Daraus resultieren exorbitante Preiserhöhungen für die Energiekosten, steigende Kosten für Lebensmittel und nicht zu vergessen eine noch nie dagewesene Inflationsrate. Hier mangelt es an Weitblick bei Nehammer und seinem grünen Anhängsel. Daher ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Karten neu zu mischen und den Weg für Neuwahlen freizumachen. Denn an die 80 Prozent aller Österreicher sind mit dieser Chaos-Regierung unzufrieden.

Franz Vorderwinkler, Ferschnitz



Foto: E1

Unsere Polit-Kapazunder

Was jetzt, meine Damen und Herren in der Regierung, wenn das Gas abgedreht wird? Ich habe beim Alleingang von Herrn Nehammer im April schon die Mög-

lichkeit einkalkuliert, was passiert, wenn Putin den Gashahn zudreht. Das dürfen wir jetzt erleben. Herr Schallenberg meinte damals, Putin sei der moralische Verlierer. Aber stehen wir deswegen jetzt besser da nach diesen katastrophalen Fehleinschätzungen und den Sanktionen, die unsere Politiker und diese Frau von der Leyen verursacht haben? Es ist sicherlich im Nachhinein nicht richtig, alles zu verurteilen. Aber wenn so viele „Kapazunder“ alles in Europa auf lange Sicht hin ruinieren, dann ist das zu verurteilen. Wir kaufen jetzt das Öl teurer ein, das Gas wird genauso umweltschädlich hergestellt, und für die Zukunft wird der Euro immer schwächer. Und das alles wegen ein paar Zivilversagern, die Politik als eine Art Monopoly sehen und keine Ahnung von Wirtschaft haben. Bitte Neuwahlen - und dann eine Regierung mit Hirn einsetzen, sonst geht alles den Bach 'runter. Den Bundespräsidenten können wir auch gleich austauschen, denn der hat ja zu allem ja gesagt.

Frank Christian, Auroldmünster

Schweigepräsident

Es ist doch ganz logisch, das ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos Van der Bellen unterstützen. Diese vier Parteien dürfen machen, was sie wollen, aber der Präsident für „alle Österreicher“ sagt nie was.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Was kostet die Stadt Wien das Fiasko der Soros-Uni?

FPÖ: Otto-Wagner-Spital soll endlich UNESCO-Welterbe werden!

Das Projekt, die Central European University (CEU) am Gelände des Otto-Wagner-Spitals in Wien anzusiedeln, ist gescheitert. Für CEU-Finanzierer George Soros waren die Kosten zu hoch. Die SPÖ bleibt damit auf den Planungskosten sitzen.

„SPÖ, ÖVP, Neos und Grüne stehen jetzt vor den Trümmern ihres zu Kreuze kriechens vor der Soros-Uni CEU, der das weltberühmte Jugendstilensemble Otto Wagners mit einem 100-jährigen Baurechtsvertrag im Gemeinderat auf dem Silbertablett serviert wurde“, bemerkte Toni Mahdalik, der



Soros sind 700 Millionen zu viel. Was nun, Herr Bürgermeister?

Planungssprecher der Wiener Freiheitlichen, zum Rückzug der CEU.

Die Freiheitlichen haben von Beginn an vor den oft windig bis

dubios anmutenden Absichtserklärungen seitens der Betreiber gewarnt, erinnerte Mahdalik. Aber das habe die ausgelassene Jubelstimmung der rosa-rot-schwarzgrünen Dreieinhalberbande leider nicht trüben können.

Wie hoch sind die Kosten?

Er fordert SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig auf, Tabularasa zu diesem Totalversagen der Stadtregerung zu machen. Da gelte es abzuklären, ob der angediente 100-jährige Baurechtsvertrag um teures Steuergeld abgelöst werden müsse, wieviel Steuergeld das Abenteuer bisher gekostet habe, und welche Alternativplanungen die Stadt für das Otto-Wagner-Spital habe, um den weiteren Verfall der denkmalgeschützten Pavillons zu verhindern.

Mahdalik forderte, dass die Stadt das einzigartige Jugendstilensemble endlich als UNESCO-Welterbe einreiche, statt es mit noch mehr protzigen Wohnungen für den roten Politadel zu verschandeln.

„Die FPÖ wird Ludwig und seine Stadträte Hacker und Hanke in der Debatte zum Rechnungsabschluss 2021 dazu befragen. Wir werden uns nicht mit einem billigen Herumgeeiere abspesen lassen“, kündigte Mahdalik an.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Ich war schon ewig nicht am Naschmarkt. Diese Woche hab ich endlich wieder einen Abstecker in die Gegend gemacht.

Blumen

In Erinnerung hatte ich noch, dass auf der Seite der Linken Wienzeile, vis-a-vis vom Theater an der Wien, jede Menge Blumenhandlungen waren, und ich wollte einen Strauß Rosen für einen abendlichen Besuch kaufen. Aber da war nur mehr die Rückseite von Speiselokalen zu sehen.

Ich hätte es mir aber denken können. Meine Blumenfrau auf der Landstraße, bei der ich mitunter ein kleines Bukett kaufe, hat mir schon vor Tagen erzählt, dass sie in der letzten Zeit eine Menge Kunden verloren hat. Die Leut haben kein Geld mehr für Pfingstrosen, Nelken, Anemonen oder Orchideen. Die Leut brauchen ihr Geld fürs tägliche Essen. Aber auch die Wirte klagen. Ja, essen müssen die Leute, aber nicht im Lokal, da ist es zu teuer.

Ich weiß ja nicht, ob beispielsweise der Herr Nehammer seiner Angetrauten regelmäßig oder nur am Hochzeitstag Bleamln bringt. Er würde allerdings auch ein regelmäßiges Blumenschenken nicht sehr in der Brieftasche spüren. Drum tut er wenig gegen die Teuerung.

Er hat ja recht. Die Leut können ja im Prater ein paar Gänseblümchen pflücken.

Donaustädter Sommergespräche 2022

Im Juni, Juli, August und September, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr, im Gasthof GOLDENER HIRSCH, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

- Do 30.6. Klubobmann LAbg. Maximilian KRAUSS, MA
- Do 7.7. Generalsekretär NAbg. Michael SCHNEDLITZ
- Do 14.7. Landesparteiobfrau KO LAbg. Marlene SVAZEK, BA
- Do 21.7. Landesparteiobmann, LH-Stellv. Mag. Dr. Manfred HAIMBUCHNER
- Do 28.7. Fraktionsvorsitzender BR Christoph STEINER

Moderation: Angela Schütz, MA. **Anmeldung unter:** angela.schuetz@fpoe.at

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf
Bezirksparteiobmann

LAbg. Toni Mahdalik
geschäftsführender Bezirksparteiobmann

Die Bezirksgruppe bedankt sich für die bisherige Unterstützung und freut sich über Beiträge/Spenden unter AT40 1200 0004 0802 4909.

Wir weisen darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird. Es gelten die gesetzlichen Veranstaltungsbestimmungen! Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesondere auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden. Sämtliche Fotorechte liegen bei der FPÖ!

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben. Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

[f/FpöWienDonaustadt](https://www.facebook.com/FpöWienDonaustadt)
[@fpoeWiendonaustadt](https://www.instagram.com/fpoeWiendonaustadt)
[/FPÖeDonaustadt](https://www.twitter.com/FPÖeDonaustadt)

donaustadt.fpoe-wien.at

Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPÖ Donaustadt, Konstanziagasse 31, 1220 Wien

BURGENLAND **Gegen Verstaatlichung**

Über eine Novelle des Burgenländischen Jagdgesetzes hat die SPÖ-Landesregierung den Jagdverband als Selbstverwaltungskörper von mehr als 7.000 Jägern zu eliminieren versucht. Für die FPÖ drängt sich der Verdacht auf, dass es der SPÖ vor allem um die Rechtsnachfolge für das millionenschwere Vermögen des Jagdverbandes ging. Um den Betroffenen den mühsamen und langwierigen Weg über Individualbeschwerden zu ersparen, werden FPÖ und ÖVP eine abstrakte Normenkontrolle beim Verfassungsgericht beantragen.

OBERÖSTERREICH **Unterschätzte Gefahr**

Nach den jüngsten Bombendrohungen in der Steiermark und in Wien durch Islamisten anlässlich eines Dschihadisten-Prozesses stellte FPÖ-LandesparteiSekretär Michael Gruber klar: „Der islamistische Terror ist die größte Gefahr für die Menschen in Österreich. Es ist höchste Zeit, den politischen Islam unserem Land zu verbieten.“



Michael Gruber

STEIERMARK **Einbindung der Bürger**

Der Erhalt der Feistritzal-Bahn, die aufgrund des Konkurses eines der Mehrheitseigentümer vor dem Aus steht, ist Grund für Debatten sowohl auf kommunaler, als auch auf Landes- und Bundesebene. Zuletzt wurde bekannt, dass die Mehrheit der Anteile an die Marktgemeinde Birkfeld übergehen sollen. „Wir Freiheitlichen werden dazu einen Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung zur Feistritzal-Bahntrasse im Gemeinderat einbringen“, kündigte Birkfelds FPÖ-Vizebürgermeister Patrick Derler an. Immerhin gehe es um ein für die Zukunft der Gemeinde Birkfeld nicht unwesentliches Projekt. Daher sei es für die Freiheitlichen selbstverständlich, die Bevölkerung zur Thematik zu befragen, um Fehlentscheidungen zu vermeiden und persönliche Befindlichkeiten zu unterbinden.

FPÖ-Erfolg: Covid-Impfpflicht im Landesdienst wurde aufgehoben**Landbauer: Millionen nicht für Impfkampagne, sondern für Entlastung**

Die Anfang September 2021 von der ÖVP-Landeshauptfrau angeordnete Impfpflicht für Beschäftigte im Landesdienst ist jetzt aufgehoben worden.

„Wir sind fest davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist“, begründete Johanna Mikl-Leitner damals die Einführung der Covid-Impfpflicht. „Nach zehn Monaten Berufsverbot für Ungeimpfte rudern die Verantwortlichen, die ÖVP-Landeshauptfrau und die SPÖ-Gesundheitslandesrätin, zurück. Es war schlicht und ergreifend Willkür ohne jede wissenschaftliche Evidenz. Die Ausgrenzung und das bewusste Schlechtmachen von Ungeimpften sind wohl das dunkelste Kapitel der letzten zwei Jahre, das tiefe Risse in unserer Gesellschaft verursacht hat“, zeigte FPÖ Landesparteiobmann Udo Landbauer die fatalen Folgen des Beschlusses auf.

NIEDERÖSTERREICH 

Landbauer: Millionen Euro nicht in unsinnige Impfkampagne stecken.

Millionen für Impfkampagne

Aber ÖVP und SPÖ haben aus diesem Fehlbeschluss nichts gelernt, denn SPÖ-Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig will im Herbst eine neue, millionenschwere Impfkampagne

starten. Für Landbauer eine völlig schwachsinnige Steuergeldverneinung: „Jeder kann selbst entscheiden, ob er sich impfen lässt, oder nicht. Dieses Geld wäre im Kampf gegen die Teuerung bedeutend besser eingesetzt!“

TIROL **Wahlkampfkosten begrenzen**

Während sich die breite Masse der Bevölkerung kaum noch das Leben oder die Miete leisten kann, sollen nun im kommenden Wahlkampf zum Tiroler Landtag Millionen an Euro für Werbung ausgegeben werden. „Das muss nicht sein“, erklärte der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger



Abwerzger: Wahlkampfkosten müssen begrenzt werden.

und forderte „ein finanzielles Abrüstungsabkommen“ aller wahlwerbenden Parteien ein.

„Eine gesetzliche Festlegung geht sich wegen der einseitigen Aufkündigung des schwarz-grünen Koalitionsabkommens durch die ÖVP nicht mehr aus. Daher fordern wir Freiheitlichen alle anderen antretenden Parteien und Gruppierung auf, ein finanzielles Fairness-Abkommen zu unterzeichnen“, konkretisierte Abwerzger.

Als Obergrenze schlug er eine Million Euro an Wahlkampfkosten pro Partei vor. Das müsste in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die Bevölkerung genug sein. Abwerzger: „Die Politik muss ein Zeichen setzen, dass sie die Wähler, deren Sorgen und Nöte ernst nimmt. Jetzt Abermillionen Euro in den Wahlkampf zu stecken, würde sicherlich nicht dazu beitragen, das verlorene Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen.“

SALZBURG 

Marlies Steiner-Wieser

Sicherheit für die Kinder

Der Bund will die Schulbushaltestelle Bachbauer an der Salzachtal-bundesstraße in Kuchl auflassen, obwohl dort in den letzten Jahren mehrfach Unfälle mit Personenschaden stattgefunden haben. „Hier den Sparstift anzusetzen ist völlig inakzeptabel“, kritisierte die Tennengauer freiheitliche Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser. „Wir werden ob der Zuständigkeit des Bundes beim Schülergelegenheitsverkehr im Bundesrat diese Woche einen dementsprechenden Antrag einbringen, um den Erhalt der Schulbushaltestelle zu gewährleisten“, betonte Steiner.

VORARLBERG 



Foto: FPÖ Bludenz

Pech für werdende Mütter im Bezirk Bludenz. Aufgrund des Ärztemangels im Spitalsbereich ist die Geburtsstation im Landeskrankenhaus auf unbestimmte Zeit hinaus geschlossen.

Keine Schließung der Geburtsstation in Bludenz!

FPÖ fordert Abhilfe gegen den eklatanter werdenden Ärztemangel

Zwar ist die Schließung der Geburtsstation nur als „vorübergehend“ angekündigt, doch die FPÖ befürchtet aufgrund des Ärztemangels Schlimmeres.

Die freiheitliche Frauensprecherin im Vorarlberger Landtag, Nicole Hosp, protestierte gegen die einstweilige Schließung der Geburtsstation im Landeskrankenhaus Bludenz.

„Wenn der Direktor der Krankenhausbetriebsgesellschaft selbst betont, dass eine generelle Schließung aufgrund des großen Einzugsgebiets nicht in Frage komme,

dann dürfe es auch nicht zu einer vorübergehenden Schließung kommen“, erklärte Hosp. Sie forderte im Namen der werdenden Mütter des Bezirks ÖVP-Gesundheitslandesrätin Martina Rüscher auf, diese Entscheidung umgehend rückgängig zu machen.

Zusammen fürs Land arbeiten!

Leider gebe es auch in Vorarlberg seit geraumer Zeit nicht nur einen Mangel an niedergelassenen Ärzten. Es zeichne sich auch ein immer eklatanter werdender Ärztemangel im Spitalsbereich ab, erklärte die FPÖ-Frauenspreche-

rin. Sie fordert in diesem Zusammenhang die Landesregierung auf, umgehend die Zahl der Ausbildungsplätze an Vorarlbergs Krankenhäusern zu erhöhen.

„Jeder angehende Arzt, der sich um einen Ausbildungsplatz an einem Vorarlberger Spital bemüht, dort aber aufgrund mangelnder Ausbildungsplätze abgewiesen wird, geht uns im Endeffekt verloren. Das können wir uns schlicht und einfach nicht leisten! Denn es ist im vitalen Interesse aller Vorarlberger, dass unsere Gesundheitsversorgung auch in Zukunft gesichert ist“, betonte Hosp

Kaisers Skandal-Mitschuld

Kärntens Freiheitliche sehen das Vertrauen in die Kärntner Verwaltung wird durch Chaos-Management nach dem Hacker-Angriff weiter geschädigt. Denn der Schaden konnte nur durch den Einsatz von IT-Experten aus der Privatwirtschaft behoben werden.

„Es kann nicht sein, dass der SPÖ-Landeshauptmann seine Verantwortung einfach abschiebt und sich von seinen IT-Experten einen Persilschein ausstellen lässt. Die Landesregierung mit Peter Kaiser an der Spitze wird durch dieses

Handeln nicht nur in IT-Kreisen zur Lachnummer, sondern fördert einen gewaltigen Vertrauensschaden in unsere Landesverwaltung“, kritisiert FPÖ-Landesparteiobmann Erwin Angerer.

Eine FPÖ-Anfrage im Landtag hat aufgezeigt, so Angerer, dass der Mitarbeiterstand in der IT-Abteilung in den letzten drei Jahren kontinuierlich gesunken ist: „Vieles an diesem Skandal ist also hausgemacht, der durch den teuren Zukauf externer Berater jetzt zuge- deckt werden soll.“

KÄRNTEN 



Foto: FPÖ Kärnten

Angerer: Kaisers Politik hat den „Hacker-Angriff“ mitverschuldet.



LÄNDER- SACHE

Christof Bitschi
FPÖ-Landesparteiobmann Vorarlberg

Der Rückzug von Landeshauptmann Markus Wallner in einen mehrwöchigen Krankenstand ist nach den Rücktritten der Landeshauptleute Hermann Schützenhöfer und Günther Platter der nächste Schlag für die krisengeschüttelte ÖVP, zumal dieser „vorübergehende“ Rückzug Wallners in Wahrheit nichts anderes ist als ein erster Schritt zur Seite.

Dabei wünsche ich Wallner gesundheitlich alles Gute und eine rasche Genesung.

Wir arbeiten fürs Land

Die Entwicklungen rund um den riesigen Parteifinanzierungs-Skandal der ÖVP Vorarlberg schränken die Handlungsfähigkeit der Landesregierung seit Monaten ganz massiv ein.

Mit dem Rückzug Wallners ist die schwarz-grüne Landesregierung jetzt in Wahrheit völlig führungslos, und das in einer Situation, in der angesichts der massiven Teuerungswelle die Vorarlberger gerade jetzt eine funktionierende Regierung, die entschlossen handelt und anpackt, bitter notwendig hätte.

Doch anstatt sich um die Probleme der Vorarlberger Bürger zu kümmern, ist die ÖVP nur noch mit sich selbst beschäftigt. Das aktuelle Motto der „Volkspartei“ lautet: „Jetzt geht es um die Partei - das Land und die Menschen müssen warten.“

Für uns Freiheitlichen ist eines klar: Es gilt jetzt, gerade in dieser Situation die Kräfte zu bündeln und mit vereinten Kräften fürs Land zu arbeiten. Wir leisten hier unseren Beitrag sehr verantwortungsbewusst. Wir sind bei allen wichtigen Themen die treibende Kraft im Land. Diesen Weg werden wir sehr konsequent weitergehen.

GEZWITSCHER



Christian Hafenecker

@haf1980



Die #AUA hat uns bisher Milliarden an #steuergeld gekostet und versagt wieder einmal auf ganzer Linie, was wurde aus 450 #millionen #Corona #Hilfsgeld? Eine #Analyse dazu jetzt hier: Hinten und vorne kein Plan: Milliardengrab Austrian Airlines

27. Juni 2022 15:44

Wäre doch ein Wunder gewesen, wenn eine schwarz-grüne Corona-Hilfsmaßnahme gewirkt hätte.

Claudia Müller

@MuellerClaudia1



ausschließen will er eine Koalition mit der oevp „auf gar keinen fall“. also mitregieren um jeden preis. das kennen wir bereits zur genüge ... #scherak #zib2

27. Juni 2022 22:20

Die Neos wittern die Chance endlich in die Regierung zu kommen, egal mit wem.

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Herbert Kickl

27. Juni 2022

Wir trauen dieser Regierung NICHT! Das Ende der Impfpflicht ist ein schöner Erfolg, aber wir müssen achtsam sein. Womöglich wird uns der Impfzwang durch die Hintertüre im Herbst so richtig Probleme machen...



2.762 Personen gefällt das.

Das Hintertür hat sich die Koalition per Covid-Gesetz offen gelassen.

Bauernbund-Affäre: Erst die Spitze des Eisbergs aufgetaucht

War auch der neue Landwirtschaftsminister ein „Inseraten-Keiler“?

Öffentliche Mittel der Ministerien werden zweckentfremdet und diversen Parteiorganisationen zugeschanzt. Dieses System wird jetzt Dank des Untersuchungsausschusses endlich abgestellt!“, erklärte Christian Hafenecker, FPÖ-Fraktionsvorsitzender im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss, zur Bauernbund-Affäre.

„Es ist immer dasselbe bei der ÖVP: Öffentliche Mittel der Ministerien, also Steuergeld, wird zweckentfremdet und diversen Parteiorganisationen zugeschanzt. Dieses System wird jetzt Dank des Untersuchungsausschusses endlich abgestellt!“, erklärte Christian Hafenecker, FPÖ-Fraktionsvorsitzender im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss, zur Bauernbund-Affäre.

Schwarzer Geld-Reigen

Der aktuelle Skandal ist nur die Spitze eines riesigen Eisbergs, auch wenn die ÖVP versucht, alle Spuren zu verwischen. So wurden an einem

BauernZeitung

GRÖSSTE WOCHENZEITUNG FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM



Der Bauernbund und sein Medium als ÖVP-Sparkasse?

Sonntag Inhalte auf der Homepage des Landwirtschaftsministeriums gelöscht, deren Spur zur Pressesprecherin von Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig führt.

Aber auch der neue Landwirtschaftsminister selbst ist ins Visier des U-Ausschusses geraten. Und wieder waren es die Chat-Protokolle des ehemaligen Generalsekretärs im Finanzministerium, Thomas Schmid.

Laut einem Chat soll sich Totschnig einen „Rückruf“ von Schmid zum Thema „Bauernzeitung“ gewünscht haben. Der erfolgte prompt, wie im Chat vermerkt ist: „Vielen Dank!! Hat geklappt!!“

Keine drei Wochen später erschienen in der „Bauernzeitung“ erstmals Inserate des Finanzministeriums. Kostenpunkt dieser „Information“ für die Steuerzahler: 62.695,28 Euro.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Die Asylzahlen steigen, die ÖVP schweigt. Wie sehr sich die Asylkrise derzeit wieder zuspitzt, erläuterte Niederösterreichs FPÖ-Asyllandesrat Gottfried Waldhäusl in der Tageszeitung „Österreich“. Aktuell sei man bei 2.200 Asylansuchen pro Woche und die

Asylquartiere in Niederösterreich sind – bereits jetzt im Juni – nicht voll ausgelastet, sondern bereits überlastet. Die Konsequenz des Asyllandesrats: Das Land übernimmt keine Asylwerber mehr aus Afghanistan und Syrien.

Über die steigenden Asylzahlen berichtete auch die Tageszeitung „Heute“ unter dem Titel „Viel Verkehr auf der Balkan-Route“. Die



wöchentlichen Höchstwerte aus dem Vorjahr seien mit 2.685 Aufgriffen in der zweiten Juniwoche bereits übertroffen worden. Und sie zitiert dazu FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickls Kritik an der ÖVP: „Die restriktive VP-Asylpolitik besteht nun aus leeren Versprechungen.“

Im ORF gilt anscheinend noch immer der Tagesbefehl aus dem Spätsommer 2015, wonach nur friedliche Migranten nach Europa kommen, weil diese Facharbeiter ja doch nur Arbeit suchen.

So war am Samstagabend in der „ZIB1“ im Bericht des Spanien-Korrespondenten Josef Manola kein Sterbenswörtchen davon zu hören, dass die schwarzafrikanische Arbeitsuchendenbewegung mit Steinen und Holzplatten die marokkanischen Grenzschützer attackierten und mehr als 140 verletzten, um an den Grenzzaun zu kommen.

Dass die zig Todesopfer des Massenansturms von ihren Kollegen im



GISBÄRS TV-NOTIZ

Stau vor dem sechs Meter hohen Grenzzaun zu Tode getrampelt oder beim Überwinden desselben als Kletterhilfe benutzt und dabei hinuntergeworfen wurden, kam dem Herrn trotz spanischer TV-Aufnahmen davon nicht in den Sinn.

Er beschwor die Bilder der am Boden liegenden Schwerverletzten

und Toten nicht als Warnung an ausreisewütige Afrikaner, sondern als Mahnung für Europa, endlich die Grenzen zu öffnen.

Es waren auch keine Bilder zu sehen von den 133 Jungmännern, die johlend das „Victory-Zeichen“ in jede Kamera drückend durch die Straßen von Melilla zogen.

Diese Gewalttäter werden um Asyl ansuchen, wie schon 339.984 Afghanen, Syrer und Afrikaner vor ihnen, die es heuer ebenfalls schon nach Europa geschafft haben.

Auch diese Zahl, doppelt so hoch wie die des Vorjahrs, war dem ORF kein Sterbenswörtchen wert. Realitätsverweigerung zur Einwanderung in Fortsetzung – seit 2015.

Hochsaison im Eissalon

Abkühlung bei 30 Grad und mehr

Mittlerweile ist es tageweise ganz schön heiß. Die Meteorologen sprechen von Hitze, wenn die Tagestemperatur 30 Grad erreicht oder überschreitet. Viele von uns empfinden schon 25 Grad als Hitze und klagen über die Zustände, die sie dabei überkommen.

Das ist verständlich. Allen „Leidenden“ aber, so sie nicht ernsthaft krank sind, sei beim Jammern empfohlen, sich vorzustellen, wie es in etwa vier Monaten sein wird. Ob wir uns dann nicht nach den so verfluchten warmen Tagen zurücksehen?

Das subjektive Empfinden von Hitze ist auch abhängig von der Luftbewegung, also von Wind, angenehm empfunden wird ein „Lüfter!“. Und die Luftfeuchtigkeit macht auch aus, daß wir mehr oder weniger unter der Temperatur stöhnen.

30 Grad und Meer

Der halbwegs mit Humor ausgestattete Mensch wird sich allerdings erleichtern, indem er die Hitze mit dem Reimwort Witze bekämpft.

Die Frage etwa, warum eine Blondine eine Autotür mit in die Wüste nimmt, ist leicht zu beantworten: Wenn es ihr zu heiß wird, kann sie das Fenster herunterkurbeln.

Auch ein Selbstvorwurf ist zulässig. Nämlich daß wir jahrelang den Kindern eingeredet haben, es gebe schönes Wetter, wenn sie brav aufessen. Was nämlich haben wir davon? Eine Hitzewelle und dicke Kinder. Und zur Erleichterung: Es ist gut, daß es im Sommer nicht schneit. Wer möchte schon bei 30 Grad schneeschaufeln?

Ein Rat zur Selbsthilfe: Wenn's zu heiß wird, kann man sich ja von der Polizei beschatten lassen. Sadisten haben sich einen Ausweg erdacht, wie sie die sommerliche Langeweile bekämpfen können.

Sie kaufen sich einen Eiswagen, und wenn die ersten Kinder kommen, fahren sie langsam weg.

Gärtner haben es bei Hitze leicht. Sie sprengen den Rasen. Eine böse Scherzfrage: Was machen die Burgenländer im Sommer? Sie lachen über die Witze, die man ihnen im Winter erzählt hat.

Gemeinsam unterwegs im Grazer Gemeindebau

FPÖ-Stadtparteiobfrau Claudia Schönbacher und Klubobmann Alexis Pascuttini legen einen Schwerpunkt auf das Thema Wohnen in Graz.

Um direkt mit den am schwersten betroffenen Grazern in Kontakt zu treten, ist die freiheitliche Stadtpartei regelmäßig auf Gemeindebau-Tour. Vergangene Woche erhielt

die Stadtparteiobfrau dabei Unterstützung vom Landtagsabgeordneten Stefan Hermann, Bundesrätin Andrea-Michaela Schartel sowie dem Team der FPÖ-Graz Wetzelsdorf mit Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Kerstin Zambo. Hermann: „Der direkte Kontakt mit den Bürgern ist wesentlicher Bestandteil unserer politischen Arbeit.“



Zwei Wahrsager im heißen Wien. „Hitze!“, sagt der eine. Der andere: „Ja, das erinnert mich an den Sommer 2170.“

Man kann auch über unfreiwilligen Humor lachen. In der Geschichte „vom schwarzen Mohren“ im „Struwelpeter“ heißt's mit einem unglaublichen Reim: „Die Sonne schien ihm aufs Gehirn, drum trug er einen Sonnenschirm.“

Rat und Tat

Daß es jetzt im Fernsehen, im Radio, in den Zeitungen und im Internet Ratschläge gibt, wie man durch die heißen Tage kommt, stimmt bedenklich.

Sind wir schon soweit, daß wir uns diesbezüglich beraten lassen müssen? Haben unsere Urahnen bei Hitze auch Ratgeber befragt? Oder haben sie's einfach gewußt, was zu tun ist?

Klagt man trotzdem hilflos beim Onkel Doktor über die unerträgliche Hitze, wird er einem garantiert



Foto: NZF

empfehlen, körperliche Arbeit so wenig als möglich durchzuführen, viel, aber nicht zu kalt zu trinken und sich im Schatten aufzuhalten. Auch als sehr zweckmäßig wird er leichte Kleidung und strumpflohes Einhergehen bezeichnen. Und ein Fußbad in kühlem Wasser.

Er hat's leicht, sitzt er doch in seiner klimatisierten Ordination...

Herbert Pirker

Rubbellos startet den „Urlaubs-Countdown“

Jetzt ein Jahres-Urlaubsbudget von 7.000 Euro monatlich gewinnen

Die Ferienzeit steht bevor, und Rubbellos startet wieder seinen 31-teiligen „Urlaubs-Countdown“ mit dem gleichnamigen Los. Aber egal, ob man die Rubbelfelder von 31 abwärts, oder von 1 bis 31 rauf, oder wild durcheinander oder aber alle auf einmal aufrubbelt, eines sicher ist:

Jedes Los gewinnt, und mit etwas Glück rubbelt man den Hauptgewinn in Höhe von 7.000 Euro monatlich, für ein ganzes Jahr lang, auf. Diesen Hauptgewinn gibt es zweimal in dieser Serie mit 1,1 Millionen Losen.

Daneben warten weitere Gewinne von 3 bis 5.000 Euro. Wieviel man letztlich gewonnen hat, hängt von der Art und Anzahl der freigerubbelten gleichen Symbole ab.

Das „Urlaubs-Countdown“-Rubbellos ist zum Preis von 7 Euro in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich.



20 x 5.000 Euro extra bei Lucky Day

Die zusätzliche Gewinnchance wartet von 27.6. bis 10.7.2022



Alle Spielteilnehmer:innen, die in den kommenden zwei Wochen einen Lucky Day Tipp abgeben, haben erhöhte Chancen auf einen Glückstag. Denn unter sämtlichen von 27. Juni bis 10. Juli 2022 mitspielenden Lucky Day Losnummern werden 20 x 5.000 Euro an Zusatzgewinnen verlost.

Die Ziehung der 20 Losnummern findet am Sonntag, den 10. Juli im Anschluss an die Lucky Day Ziehung statt. Die Quittungsnummern werden unter anderem in den Annahmestellen, über win2day und über den ORF-Teletext bekanntgegeben.

Bei Lucky Day hat man mit dem persönlichen Glücksdatum täglich die Chance auf bis zu 250.000 Euro. Dafür kreuzt man Tag, Monat und Jahr auf dem Wetschein an, per Zufallsgenerator wird noch eines von 16 Glückssymbolen hinzugefügt.

Heimat. Wohlstand. Sicherheit.

KÄRNTEN:

01.07.2022 | 19.30 Uhr
mit NAbg. Erwin Angerer

Gasthof Pension Leitner
Bahnhofstraße 121, 9761 Greifenburg

NIEDERÖSTERREICH:

15.07.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Dagmar Belakowitsch

Papiermühle Mörzinger
Breitenberg 76, 3971 Bad Großpertholz

 Termine werden laufend aktualisiert.
Sie finden sie auf stopp.kostenlawine.at

TIROL:

02.07.2022 | 13.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl

Musikpavillon Zell am Ziller
Ortszentrum, 6280 Zell am Ziller

02.07.2022 | 18.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl

Gasthaus Gwercher
Dorf 132, 6252 Breitenbach am Inn

*Wir freuen uns
auf Euer Kommen!*



Tipps zur Krisenvorsorge

Wie Sie sich auf den Ernstfall vorbereiten können

Auf Grund der Aktualität und des immer realistischer werdenden Bedrohungsszenarios eines Blackouts legt das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI) einen Schwerpunkt auf dieses Thema. In Form von Workshops, Unterlagen und Vorträgen, welche laufend vom Freiheitlichen Bildungsinstitut angeboten werden, soll auf das Thema „Blackout“ aufmerksam gemacht werden.

Um sich auf Krisen ausreichend vorzubereiten ist Eigenverantwortung erforderlich. In der Broschüre „Tipps zur Krisenvorsorge – Wie Sie sich auf den Ernstfall vorbereiten können“ erhalten Sie Informationen, wie Sie sich am besten auf Situationen vorbereiten können, in denen vertraute Dinge und Einrichtungen nicht mehr funktionieren – weil zum Beispiel der Strom über einen längeren Zeitraum ausfällt. Aber auch Kriminalitätsvorbeugung oder der Umgang mit gesundheitlichen Notfällen sind Themen, die mit dem nötigen Wissen besser bewältigt werden können. Der erste und wichtigste Schritt ist die geistige Vorbereitung auf den Krisenfall. Dafür soll diese Broschüre einen Anstoß geben.

GRATIS zu beziehen über das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI):

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Per E-Mail: fbi_buchbestellung@fpoe.at oder telefonisch unter +43 512 35 35 - 39

www.fbi-politikschule.at/publikationen/buecher-und-broschueren

Informationen zu Buchbestellungen und Datenschutz finden Sie unter: www.fbi-politikschule.at/datenschutz

